

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Schulz, sehr geehrte Gemeindevertreter,

die Fraktion FDP/ UWG reicht folgenden Beschluss in die Gemeindevertretung bzw. den Haupt- und Finanzausschuss ein.

Beratungsgegenstand:

Stellungnahme der Gemeindevertretung Wusterhausen zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge im Land Brandenburg und Festlegung eines Stichtages.

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung Wusterhausen fordert von der Landesregierung eine schnelle Entscheidung über die mögliche Abschaffung der Straßenausbaubeiträge im Land Brandenburg. Als Stichtag solle der 01. Januar 2018 gelten. Die Abschaffung darf zu keiner finanziellen Belastung des Gemeindehaushaltes führen. Der Bürgermeister wird beauftragt, die von der Gemeindevertretung getroffene Entscheidungs-Empfehlung der Landesregierung in Potsdam schriftlich mitzuteilen.

Begründung:

Die Bürger wollen bei den Straßenausbaubeiträgen eine Veränderung. Straßen seien Güter der Allgemeinheit und müssten von der Allgemeinheit bezahlt werden.

Die Freien Wähler haben Anfang Januar mehr als 108 000 Unterschriften von Bürgern für eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge an Landtagspräsidentin Britta Stark übergeben.

Daraufhin hatten die rot-roten Regierungsfractionen ein Einlenken signalisiert. Auch die oppositionelle CDU ist für eine Abschaffung der Beiträge. Entscheidend dabei sei die Festlegung eines Stichtages, nach dem keine Beiträge von den Anwohnern mehr erhoben werden sollen. Aus Sicht des Brandenburger Städte- und Gemeindebundes müsste dies der 01. Januar 2018 sein.

Die Abschaffung des Straßenausbaubeitrages darf nicht zu Lasten des Gemeindehaushaltes erfolgen.

Mit freundlichen Grüßen

Axel Herrmann
Fraktionsvorsitzender